

Bundesratsbericht zur Blockchain

Mutig – aber auch riskant

WERNER
GRUNDLEHNER

Der Bundesrat zeigt sich im Krypto-Bereich flexibel und pragmatisch. Mit dem 170-seitigen Bericht «Rechtliche Grundlagen für Distributed Ledger-Technologie (DLT) und Blockchain in der Schweiz» versucht die Regierung einer hyperaktiven jungen Industrie Leitplanken zu setzen. Bereits wurden hierzulande Hunderte von Millionen Franken in sogenannten ICO (Initial Coin Offerings) eingesammelt sowie Wertpapiere auf der Blockchain ausgegeben, und Schweizer Provider offerieren Unternehmen «privaten» Raum auf der Blockchain, um Projekte und Werte zu teilen. Nicht für alle Tätigkeiten bestand dabei bisher auch ein anwendbarer gesetzlicher Rahmen.

Anfang Jahr setzte der Bundesrat die Arbeitsgruppe Blockchain/ICO ein, die abklären sollte, wo es im geltenden Rechtsrahmen bereits Regeln gibt, die auch zu der neuen Technologie passen, und wo es Anpassungsbedarf wegen neuer Geschäftsmodelle gibt. Blockchain-Unternehmen drängten auf ein neues «Blockchain-Gesetz», weil

sich andere Finanzplätze in diesem Bereich ebenfalls in Position gebracht hatten. Auch die aktuelle Auslageordnung des Bundesrates rückt den Finanzsektor ins Zentrum.

Die Schweizer Regierung gab frühzeitig zu erkennen, dass sie die Chancen für den Werkplatz und insbesondere den Finanzplatz erkannt habe und das junge Pflänzchen Blockchain-Industrie nicht verdorren lassen wolle. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann zeigte sich mehrfach begeistert von der Dynamik der Schweizer Blockchain-Szene und reiste persönlich nach Zug, um sich die Ideen der jungen Branche anzuhören und ein «White Paper» entgegenzunehmen, in welchem Industrievetreter Ideen zur Regulierung der Blockchain darlegten.

Puritanern der Krypto-Szene wird der nun vorliegende Bericht die Haare zu Berge stehen lassen. So war doch etwa der Bitcoin gestartet, um ein sicheres und transparentes Zahlungssystem ausserhalb des Einflussbereichs von Notenbanken und Nationalstaaten zu etablieren und nicht um neue Gesetze zu begründen. Doch schnell hat sich gezeigt, dass der rechtsfreie Raum auch Anbieter mit betrügerischen Absichten anzieht und ohne Rechtssicherheit und juristische Domizile sich internationale Konzerne nicht auf Transaktionen mit der Blockchain einlassen.

Der Versuch der Schweiz, in der neuen Industrie punkto Blockchain-Gesetz einen Benchmark zu setzen, ist mutig, aber auch riskant. Andere Finanzplätze, die hier ebenfalls voranstürmen, sind etwa Liechtenstein, Malta und die baltischen Staaten. Etablierte Finanzplätze wie London und New York geben sich dagegen betont zurückhaltend – gerade gegenüber den Kryptowährungen.

Der Bericht des Bundesrates kommt aber für die Krypto-Unternehmen zur rechten Zeit. Obwohl Kryptowährungen wie Bitcoin nur einer von mehreren Aspekten der Blockchain sind, hängen die Stimmung und die Aufmerksamkeit vorerst noch stark an der Entwicklung der Kryptowährungen. Der Bitcoin ist im laufenden Jahr von fast 20 000 \$ auf annähernd 3000 \$ eingebrochen. Zudem hat der Standort Zug mit Monetas, Envion und Tezos schon einige Skandale und rechtliche Auseinandersetzungen erlebt. Die bundesrätliche Einordnung von Krypto-Projekten in bestehendes Recht und die Aussicht auf neue Gesetze in jenen Bereichen, in denen noch Bedarf nach Regulation besteht, werden Investoren und Kunden Vertrauen schenken. Das heisst aber nicht, dass es keine windigen Gestalten mehr geben wird, die in einem ICO «hartes Geld» gegen wenig aussichtsreiche Projekte tauschen, oder dass Krypto-Börsen nicht mehr gehackt werden.



SCHWARZ UND WIRZ OECD – Institut für Normung

Von CLAUDIA WIRZ

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Sitz in Paris ist eine Messanstalt. Sie misst und vergleicht alle möglichen Dinge, zum Beispiel das Ausmass von Agrarsubventionen oder die Steuer- und Abgabenlasten in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Neben diesen Klassikern erhebt die OECD auch andere, weniger trockene Daten zum menschlichen Zusammenleben. So wissen die Experten der Pariser Organisation zum Beispiel, in welchen OECD-Ländern es am meisten Fettleibige gibt (nämlich in den USA, Mexiko, Neuseeland und Ungarn). Die Organisation kann auch in die Zukunft blicken und voraussagen, in welchen Ländern die Bauchumfänge in den nächsten Jahren deutlich schneller wachsen werden als bis anhin (nämlich in der Schweiz und in Südkorea). Natürlich bleibt es nicht beim Befund; die OECD erteilt den Regierungen auch konkrete Ratschläge, auf dass das Wachstum gebremst werde – zumindest dasjenige im Tailenbereich. Warnetiketten und Werbeverbote für Zuckerzeug hat sie zum Beispiel im Ideenangebot.

Ein weites Betätigungsfeld findet die OECD auch im Bildungsbereich. Der Pisa-Test ist der Star dieser Sparte, aber er ist bei weitem nicht das Einzige, was die Organisation im Bildungsbereich zu bieten hat. Sie definiert, welche Kompetenzen wir «für ein erfolgreiches Leben und eine gut funktionierende Gesellschaft» benötigen, und lässt diese Erkenntnisse in die Bildungsprogramme der Länder einfließen. Dabei geht es beileibe nicht nur um Schulkinder; vor den Kompetenzen gibt es kein Entrinnen für niemanden. Sie begleiten den modernen Menschen ein Leben lang, damit er eine «qualifizierte und flexible Arbeitskraft» werde, sei und bleibe.

In ihrer vor kurzem vorgestellten Beschäftigungsstrategie bekräftigt die OECD dieses Konzept und appelliert an die Regierungen der Staaten, mehr für das lebenslange Lernen ihrer Bürger im Sinne der Beschäftigungsfähigkeit zu tun. Das lebenslange Lernen kann nicht früh genug beginnen. Deshalb untersucht die OECD zurzeit in einer internationalen Studie systematisch die «skills» von Fünfjährigen, um daraus neue Schlüsse und Handlungsanleitungen für Staaten und Institutionen abzuleiten. Schon die Fünfjährigen sollen an ihre spätere Arbeitsmarktfähigkeit denken.

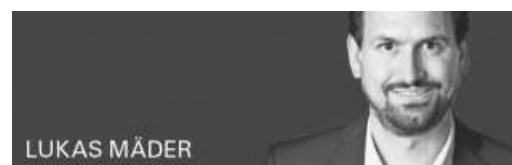
Mit Bildung im klassischen Sinn hat dieses Konzept nichts zu tun. Während die klassische Bildungsidee die autonome, selbst denkende und sich selbst bildende Persönlichkeit zum Ziel hat, geht es beim OECD-Konzept darum, effiziente und anpassungsfähige Anwender von standardisiertem und nützlichem Wissen hervorzubringen. Damit bekommt nicht nur der «ungebildete Gelehrte» eine Kontur; dieser Ansatz führt auch in eine Bildungswelt, die von Konformismus und nicht von Individualismus geprägt ist; man tut, was alle tun, und Erfolg hat, wer sich am besten an- und einpasst.

Wer von Kindesbeinen an darauf konditioniert ist, in Normen zu denken und zu handeln, kann gewiss eine tadellose Arbeit verrichten. Doch grosse Innovationen entstehen nicht durch das mustergültige Befolgen von Standards, sondern durch einen freien und kritischen Geist, der über vorgegebene Konventionen hinausdenkt. Überhaupt fragt man sich bei all den Lobpreisungen, die auf die institutionalisierte frühkindliche Bildung herabregnen, wie aus Menschen je etwas werden konnte, die nie in einer Krippe oder einem Hort professionell fremdbetreut waren. Der junge Mozart hat nicht einmal eine Schule je von innen gesehen. Und auch später warf er so manche Konvention über den Haufen. Vielleicht verdanken wir ja genau diesem Umstand dieses – um mit Wolfgang Hildesheimer zu sprechen – unverdiente Geschenk an die Menschheit.

Claudia Wirz ist freie Journalistin und Autorin.

Einnahmenausfälle wegen Replay-TV

Die Zukunft lässt sich nicht verbieten



LUKAS MÄDER

Die Fernsehwelt ist im Umbruch. Die Zukunft für werbefinanzierte Sender sieht nicht sehr rosig aus. Das zeitversetzte Fernsehen verheisst zwar gute Zeiten für die Konsumenten, indem sie überall und jederzeit beliebige Sendungen abrufen können. Für die Fernsehwerbung aber bedeutet Replay-TV schlechte Zeiten. Wer selektiv einzelne Sendungen schaut, sieht keine Werbeblöcke. Wer im zeitversetzten Modus der Werbung begegnet, kann sie leicht überspringen. Deshalb sind die Fernsehstationen nervös. Doch ihr Versuch, auf politischem Weg ein gesetzliches Veto gegen das Überspringen von Werbung zu erhalten, ist falsch.

Früher war die Fernsehwelt noch in Ordnung, sprich einfach. Die Sender produzierten ihr Programm, das die TV-Anbieter ins Wohnzimmer der Zuschauer lieferten. Diese schauten das Programm auf Fernsehgeräten, die gerade einmal Teletext beherrschten. Jeder hatte seinen abgegrenzten Aufgabenbereich mit funktionierendem

Geschäftsmodell. In die Quere kam man sich nicht. Heute hingegen läuft auf den Fernsehern eine Vielzahl neuer Angebote: Replay-TV, Netflix oder Youtube. Und dazwischen suchen die Fernsehsender einen Platz. Denn plötzlich bestimmen nicht mehr sie, was auf dem Bildschirm läuft, sondern die Zuschauer.

Für die Konsumenten ist Replay-TV heute eine Selbstverständlichkeit, auf die sie nicht mehr verzichten werden. Wer versucht, Replay-TV einzuschränken, wird die Zuschauer nicht zurück zum linearen Fernsehen bringen, sondern sie vielmehr zu Netflix oder Youtube treiben. Dnas wissen auch die TV-Stationen. Ihnen geht es in der aktuellen Debatte denn auch nicht um die Einschränkung oder ein Verbot von Replay-TV. Sie wollen eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den TV-Verbreitern wie Swisscom TV, UPC oder Zattoo.

In der neuen Fernsehwelt sind die TV-Verbreiter – also jene, die früher einfach technisch das Signal der Stationen weitergeleitet haben – in eine Schlüsselposition aufgestiegen. Sie bieten den Zuschauern dank Replay-TV Mediatheken mit allen Sendungen, Serien und Filmen der letzten Tage. Diese Mediatheken gleichen einem Netflix light, zusammengesetzt aus den verfügbaren Inhalten der TV-Stationen. Hinzu kommen eigene exklu-

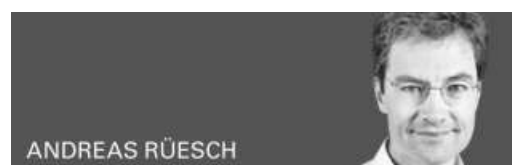
sive Inhalte, bisher im Sport-Bereich, um die Kunden anzulocken. Die Einnahmen stammen aus Abonnementsgebühren und teilweise aus zusätzlicher eigener Werbung.

Was den Zuschauern Vorteile bringt, nagt bei den Fernsehstationen an den Einkünften. Ihnen fallen Werbeeinnahmen weg, ohne dass sie am Verdienst der TV-Verbreiter teilhaben könnten. Diese bezahlen für die Übernahme des Programms einzig Urheberrechtsabgaben, wie sie noch aus der alten Fernsehwelt stammen. Direkte Verhandlungen zwischen den TV-Stationen und den TV-Verbreitern gibt es nicht.

Die Verzweiflung der werbefinanzierten Fernsehsender ist verständlich. Mit dem Rückgang des linearen Fernsehens bröckelt auch ihr bisheriges Geschäftsmodell, das auf Werbeeinnahmen durch Reichweite beruhte. Doch die Lösung liegt nicht in der Vergangenheit. Um zu überleben, müssen werbefinanzierte Sender neue Einnahmequellen erschliessen. Dies können zusätzliche Abgeltungen der TV-Verbreiter sein, sind diese doch zumindest heute noch auf die Inhalte der Fernsehsender angewiesen. Die Aufgabe der Politik kann hier einzig sein, für gleichwertige Verhandlungspositionen zu sorgen. Ein Verbot zum Überspringen der Werbung gehört nicht dazu.

Amerikas Senat kündigt Kronprinz Mohammed das Vertrauen auf

Rüge für Trumps Saudiarabien-Politik



ANDREAS RÜESCH

In den zehn Wochen seit dem abscheulichen Mord am Journalisten Jamal Khashoggi hat Saudiarabien alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Verbrechen zu vertuschen. Trotzdem legen viele Hinweise den Schluss nahe, dass der Mord im Auftrag des starken Mannes in Riad, Kronprinz Mohammed bin Salman, erfolgte. Die Welt hat bisher nicht einmal ansatzweise eine passende Antwort auf diesen Skandal gefunden. Es war ein beschämendes Bild, als bin Salman vor zwei Wochen am Gipfeltreffen der grössten Wirtschaftsnationen sein Land vertreten durfte, als ob er noch als salonfähig gelten könnte. Eine abstossende Vorstellung bot auch der amerikanische Präsident Trump, als er eine schriftliche Erklärung veröffentlichte, mit der er die Diskussion um Sanktionen gegen Saudiarabien zu ersticken versuchte.

In brutaler Direktheit machte er klar, dass er nicht im Traum daran denkt, wegen eines einzelnen Mordes die Allianz mit Saudiarabien und die

Milliardengeschäfte mit diesem Land aufs Spiel zu setzen. Zwar kann solche Ehrlichkeit durchaus erfrischend sein, aber dies bedeutet noch lange nicht, dass sie auch kluge Politik darstellt. Amerikas Interessen im Mittleren Osten sind zweifellos komplexer als das Schicksal eines einzelnen Dissidenten; sie haben auch die Bedeutung der dortigen Erdölressourcen, die Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung und die aggressive Aussenpolitik Irans zu berücksichtigen. Aber im strategischen Interesse des Westens liegt es ebenso, dass das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten nicht zu hohler Rhetorik verkommt. Amerika ist nicht allein wegen seiner Wirtschaftskraft und seines Militärs eine Weltmacht, sondern auch, weil es eine Bastion freiheitlicher Werte ist und dank dieser Ausstrahlung die Entwicklung in anderen Ländern zu beeinflussen vermag. Es wäre absurd, wenn Washington innert eines Jahrzehnts von einem Extrem – Demokratieförderung mit militärischen Mitteln – zum anderen schwenken würde, einer Politik, die den Einsatz für Menschenrechte als blosses Zeitverschwendung abtut.

Doch Trump ist nicht Amerika, und einmal mehr greift der Kongress korrigierend ein. Einstimmig hält der Senat in einer Resolution fest, dass er Kronprinz Mohammed für den Verant-

wortlichen hinter Khashoggis Tod hält. Zugleich stimmte eine überparteiliche Senatsmehrheit dafür, der Regierung jegliche Militärhilfe für Saudiarabien im Jemen-Krieg zu verbieten. Direkte Folgen haben diese Beschlüsse zwar keine. Trump ist nicht verpflichtet, die Einschätzung zu bin Salman zu übernehmen. Zudem macht das Repräsentantenhaus keine Anstalten, sich dem Senat anzuschliessen. Trotzdem handelt es sich um eine schallende Ohrfeige für den Präsidenten. Die Abstimmungen zeigen, dass ihm der Rückhalt für seine Saudiarabien-Politik fehlt. Wenn im Januar das neue, künftig demokratisch beherrschte Repräsentantenhaus zusammenkommt, wird der Druck nur noch zunehmen. Ein Präsident kann mit Verweis auf seine aussenpolitischen Kompetenzen zwar versuchen, die Legislative hinzuhalten, aber das geht selten gut. Vorsorglich hat das Militär denn auch bereits aufgehört, saudische Kampfjets über Jemen zu betanken.

Mit etwas Glück dienen die Senatsbeschlüsse auch als Signal an Saudiarabien: Das Königreich sollte es als Zeichen verstehen, dass Amerikas Unterstützung in der Jemen-Frage bröckelt und die soeben lancierten Verhandlungen in Schweden genutzt werden sollten, um endlich einen Frieden für das Bürgerkriegsland zu finden.